

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung des Seniorenbeirates der Stadt Gronau (Wahlperiode 2015/2020) am Dienstag, 04. April 2017, 17.00 Uhr, Rathaus Stadt Gronau.

Anwesenheitsverzeichnis:

Vorsitzender

Mathias Frings,

Martha Bösing, stellv. Vorsitzende
Mechthild Kersten, ordentliches Mitglied
Wilfried Prangenberg, ordentliches Mitglied
Burkhard Krause, ordentliches Mitglied
Erwin Aust, Vertretung für Josef Striewe
Gabriele Frings, Vertretung für Margot Haupt

Vertretungsmitglieder:

Hans-Jürgen Sleutel, Margrit Jäger, Arthur Töns

Verwaltung:

Altenhilfekoordinatorin Edith Brefeld

eingeladene Referentinnen:

Gabi Schnell, Vorsitzende Landesseniorenvertretung
Barbara Eifert, Techn. Universität Dortmund

Inhalt der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Referat „Senioren: Politische Teilhabe wagen und nutzen“
2. Aussprache / Diskussion mit Fraktionsvorsitzenden und Gästen
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Niederschrift vom 03.01.2017
5. Bisherige Aktivitäten und Aktionen
6. Aktivitäten und Aktionen in 2017
7. Agenda 2020 (Themen und Betätigungsfelder)
8. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Homepage Webseite: Gestaltung, Verlinkung
2. Steuerungsgruppe „Altenhilfe“ / Runter Tisch „Für ein besseres Leben im Alter“
3. Persönliche Initiativen, Anregungen, Bemerkungen
4. Verschiedenes

Erledigung der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1: Referat „Senioren: Politische Teilhabe wagen und nutzen“

Herr Frings als Vorsitzender eröffnet die 5. öffentliche Sitzung des Seniorenbeirates um 17.00 Uhr und begrüßt die eingeladenen Referentinnen sowie die Mitglieder des Rates und der Verwaltung sowie alle anwesenden Gäste. Danach übergibt er das Wort an Frau Schnell sowie Frau Eifert. (Das Referat liegt als PPPäsentation dem Protokoll bei).

TOP 2: Aussprache/Diskussion mit Fraktionsvorsitzenden und Gästen

Nach dem Referat eröffnet Herr Frings die offene Diskussion.

Bezugnehmend auf die Inhalte des Referats meldet sich SBMitglied Prangenberg und fordert Rederecht in Ausschuss- und Ratssitzungen. Seiner Auffassung nach ist dieses Recht in der vom Rat genehmigten Satzung des Seniorenbeirates festgelegt worden.

Herr Hollenborg vom FD 100 verweist auf den § 58 Abs. 3 S.6 der GO, der diese Auffassung differenziert. *„Die Ausschüsse können Vertretungen derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden und Sachverständige zu den Beratungen zuziehen.“*

Herr Ricking möchte dazu wissen, ob auch die anderen Mitglieder so empfinden bzw. wie grundsätzlich die Zufriedenheit der Mitglieder in ihrer Tätigkeit ist. Herr von Borczieskowski nimmt ebenfalls Bezug auf das Referat und die Äußerung von Herrn Prangenberg und führt zu dem Thema die weiteren ergänzenden Gremien wie das Jugendparlament oder den Integrationsrat an. Gezielte Eingaben sind durchaus denkbar aber eine permanente Vertretung in den Ausschüssen und im Rat ist für ihn nicht nachvollziehbar. Sollte es um finanzielle Mittel gehen, so stehe es dem Seniorenbeirat frei, weitere Mittel zu beantragen.

Herr Schwarze führt aus, dass er seinerzeit keine Probleme hatte, der Bildung eines Seniorenbeirates in Gronau zuzustimmen. In der jetzigen Diskussion jedoch sieht er den Seniorenbeirat in der Pflicht, Forderungen zu formulieren und Anträge zu stellen, jedoch unter Einhaltung der geforderten

Vorgehensweise. Die Ratsmitglieder, und das zeige auch die Anwesenheit der eingeladenen Gäste, seien offen für die Anliegen des Seniorenbeirates aber er plädiert abermals dafür, dass detaillierte Anträge gestellt werden müssten.

Frau Schnell erhält das Wort und fordert von den politisch Verantwortlichen Raum für den Seniorenbeirat als vorparlamentarische Vertretung. Die Ausschüsse sollten sich öffnen für sachkundige Einwohner/innen, somit für die Vertretungen des Seniorenbeirates. Gleichzeitig spricht sie sich dafür aus, dass dies auch den nichtöffentlichen Teil von Sitzungen betrifft. Sie bezeichnet den Rat als „bestimmenden Diener der Bürgerschaft“ und fordert den Rahmen für Partizipation.

Herr John spricht abermals die Satzung an, deren Vorentwurf sowie die Rahmenbedingungen für einen Seniorenbeirat seinerzeit von einem eigens dafür ins Leben gerufenen Arbeitskreis, dem er ebenfalls angehörte, aufgestellt wurde. Er vergleicht den Seniorenbeirat mit dem Integrationsausschuss und dem Jugendparlament und weist darauf hin, dass auch diese Gremien kein unmittelbares Vortragsrecht in den Ausschüssen haben. Gleichzeitig empfiehlt er den SBMitgliedern zu überlegen, in welchen Ausschüssen sie mitwirken wollen.

Herr Buchholz formuliert daraufhin die Idee, dass alle betroffenen Institutionen (Seniorenbeirat, Integrationsausschuss sowie Jugendparlament) je eine Vertretung in die Ausschüsse entsenden.

Herr Hollenborg zeigt daraufhin die sich ergebenden Probleme auf, da der Rat die Zusammensetzung der Ausschüsse beschlossen hat. Eine Entsendung würde daher bedeuten, dass sich alle Ausschüsse auflösen müssten, eine Neubesetzung müsste bestimmt und beschlossen werden (§ 57 / § 58 GO).

Herr Ricking spricht sich explizit für die Beteiligung des Seniorenrates in den Ausschüssen aus und verweist darauf, dass man den SB nicht mit dem Integrationsausschuss und dem Jugendparlament vergleichen soll.

Herr von Borzieskowski kommt nochmal auf die Anfangsfrage von Herrn Ricking zurück und fragt in Richtung der Mitglieder des SB, wo es genau hackt bzw. ob es ein Beispiel gibt.

Frau Bösing führt daraufhin eine Begebenheit auf und erläutert diese sehr anschaulich. Sie weist nochmals darauf hin, dass die derzeitigen Verwaltungsabläufe die Glaubwürdigkeit des Seniorenbeirates gegenüber den älteren Bürgerinnen und Bürgern herabsetzt und auch die Motivation der Mitglieder deutlich abflacht.

Frau Eifert schlägt daraufhin vor, den Seniorenbeirat per Ratsbeschluss in die Hauptsatzung der Stadt Gronau einzubinden. Dies sei in anderen Kommunen schon erfolgreich umgesetzt worden.

Frau Strunk berichtet, dass auch sie als sachkundige Bürgerin Mitglied des Sozialausschusses ist. Sie hat zwar kein Stimmrecht aber zumindest Rederecht. Diese Verfahrensweise sieht sie ebenfalls als guten Kompromiss für die Mitglieder des Seniorenbeirates.

Auf die Schilderungen von Frau Bösing entgegnet Herr von Borczieskowski, dass auch Rats- oder Ausschussmitglieder die zeitliche Abfolge von Anträgen, Eingaben etc. teilweise bemängeln aber ebenso ausgesetzt sind.

Herr Vetter nimmt seitens der Verwaltung ebenfalls zu den Darstellungen von Frau Bösing Stellung und empfiehlt einen direkten Termin mit ihm und/oder Herrn Homölle als Fachdienstleiter zu vereinbaren. Danach könnte dann ein Bericht im VUET erfolgen.

Herr Buchholz verweist auch noch auf die Möglichkeit des Beschwerdemanagement im Internet. Dieses ist dem FD 100 unterstellt. Er lobt die schnelle Bearbeitung der gemeldeten Probleme.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendet Herr Frings die offene Diskussion und verabschiedet die Referentinnen. Danach wird die Tagesordnung fortgesetzt.

TOP 3: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Frings stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 4: Niederschrift vom 03.01.2017

Die Niederschrift vom 03.01.2017 ist den Mitgliedern in der Sitzung ausgehändigt worden. Eine Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 5: Bisherige Aktivitäten und Aktionen

Der Vorsitzende berichtet über das mäßige Interesse an der für den 19.04.2017 initiierten Rad-Aktion und bittet die Mitglieder abermals, Werbung hierfür zu machen. Bisher liegen dem SB nur 5 Anmeldungen vor. Wie viele Anmeldungen beim Kneipp-Verein eingegangen sind, kann er zum derzeitigen Zeitpunkt nicht sagen; Herr Ahlers ist zur Zeit auf Grund einer Erkrankung nicht erreichbar.

TOP 6: Aktivitäten und Aktionen in 2017

Herr Frings möchte gerne ein Angebot mit Fahrsicherheitstraining für ältere Menschen anbieten, nach dem Motto „Mein Führerschein wird 50“. Er wird weitere Recherchen betreiben und dann das Angebot im SB vorstellen.

TOP 7: Agenda 2020

Der Punkt „Krankenkassenvertretungen in Gronau“ wird abermals angesprochen. Der Seniorenbeirat hat verschiedene Krankenkassen angeschrieben jedoch abschlägige Antworten auf den Vorschlag, monatliche Sprechstunden in Gronau abzuhalten, bekommen. Hier werden weitere Überlegungen unternommen.

Gleiches gilt auch für Banken und ähnlich Dienstleistungen. Dies wird in die Agenda 2020 aufgenommen.

Auch die Problematik der Badschließung im Antonius-Hospital wird aufgegriffen. Daraus ergab sich ein Problem im städtischen Hallenbad (Treppe anstatt Leiter). Herr Prangenberg wird hierzu abermals an Herrn Dr. Drepper herantreten und sich nach dem aktuellen Stand erkundigen.

TOP 8: Verschiedenes

Der SB ist sich einig, dass er sich weiterhin bemühen muss, an der Innenstadtentwicklung, besonders in Bezug auf Ausleuchtung, Ruhebänke und Pflasterung, beteiligt zu werden. Nach Auswertung der vorangegangenen Diskussion sollte hierzu ein Antrag an die Politik und Verwaltung gestellt werden.

Das Ende der Sitzung war um 20.04 Uhr.